

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., auswärts incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anzeigengebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Schrift 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, in den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 8. Febr., Abends. Das heutige Abendblatt der „Presse“ enthält ein Telegramm aus Pesth vom heutigen Tage. Nach demselben legt der „Sürgöny“ der anberaumten Zusammenkunft des Hofkanzlers mit den Obergespannen große Bedeutung bei und meint, der Hofkanzler wolle mit den Ministern ins Reine kommen. Wenn dies unmöglich sein sollte, so wolle er den ungleichen Kampf des Einzelnen gegen Viele aufgeben.

Pesth, 8. Febr., Abends. Das Journal „Die Gegenwart“ meldet als bestimmt, daß die Eintreibung der Domainensteuer mit 22 Kreuzern per Gulden bisheriger Steuer im honthor Komitate faktisch begonnen habe.

Konstantinopel, 2. Febr. Frankreich hat der Pforte eine Note, welche mit der von Rußland überreichten fast identisch ist, zugehen lassen, in welcher der Zusammentritt einer Konferenz verlangt wird. Die Pforte hat darauf erwidert, daß Reformen vorbereitet werden.

Konstantinopel, 2. Febr. Gegen 20 Fallimente sind bekannt geworden. Der neue Gouverneur, Emir Mughlis Pascha, ist in Damaskus angekommen. Suleyman Pascha ist anstatt Beh Pascha zum General-Gouverneur von Adrianopel ernannt worden. Der Scherkesen-Hauptling Raib Mohamed Emir Pascha wurde von seinen eigenen Leuten ermordet; man hielt ihn eines Verkehrs mit Rußland verdächtig. Die Bulgaren überreichen neuerdings ein Gesuch um Errichtung einer besonderen Hierarchie. Demisch Pascha wurde von Petersburg abberufen. Beh Pascha geht über Paris nach Berlin, um den König zu beglückwünschen. Kiatib Pascha, General-Gouverneur von Bagdad, ist abberufen und verhaftet worden. Der armenische Patriarch in Jerusalem ist gestorben. Das „Journal de Constantinople“ dementirt die Aufstellung neuer Armee-corps an der Donau und die Ernennung eines Ober-Befehlshabers.

Atten, 1. Febr. Die Opposition blieb bei den Wahlen in großer Minorität.

Preußen. Landtag.

K. C. 12. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 8. Febr.

Präs. Simson eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Das Haus ist zu Anfang nicht sehr zahlreich besetzt. Am Ministerische: v. Auerswald, v. Schleinitz, v. Patow, Graf Büdler, Graf Schwerin. Die Zuhörer-Tribünen sind stark gefüllt. In der Hofloge Prinz Friedrich Karl, die Diplomaten wenig vertreten.

Der Abg. Wegeler hat sein Mandat niedergelegt.

Die Adreßdebatte wird fortgesetzt. Zunächst wird die gestern vertagte Diskussion über das polnische Amendement wieder aufgenommen.

Abg. Liebelt: Unserm Amendement ist vielfach entgegengetreten worden. Man hat uns die Warnung zugerufen, daß wir ja nicht über das Maß der Wünsche unserer Nationalität hinausgehen sollen. Der letzte Redner gestern hat gesagt, unsere Vorwürfe seien auch nicht in dem geringsten Theile irgend wie begründet. Wenn Ihnen gestern der heutige Zustand dieser Provinz als ein überaus günstiger gegen den seit der Besitzergreifung durch die preussische Regierung geschilbert worden, so ist das natürlich. Sie müssen nicht vergessen, daß damals ein blutiger Krieg das Land verheert hatte und daß es erst nachher durch einen langen Frieden zum Wohlstand zurückgeführt. Allein ich kann nicht einsehen, welches die Segnungen seien, deren wir uns durch uns gebotene Civilisation zu erfreuen gehabt hätten? Ich bestritte, daß der polnische Bauer zufrieden ist mit den jetzigen Einrichtungen, welche Ihnen gestern so überaus gepriesen worden sind. — Ich komme zunächst auf unsere Muttersprache, welche mit der deutschen gleichberechtigt sein soll. Wenn in dem Besitzergreifungs-Patent uns ausdrücklich gesagt ist, daß unsere Sprache neben der deutschen gebraucht werden soll, so liegt darin doch, daß beiden Sprachen eine vollständige Gleichstellung zu Theil werden, daß zwischen ihnen keine Rangordnung bestehen soll. Dies ist jedoch nicht der Fall; alle Zweige der Verwaltung sind, mit wenigen Ausnahmen, von Beamten besetzt, welche der polnischen Sprache nicht mächtig sind; es wird uns überlassen, uns die deutsche Sprache anzueignen, wenn wir mit den Behörden in Verkehr treten müssen; es wird dahin kommen, daß unsere Muttersprache gänzlich aus dem Verkehr schwindet. Nach allem diesem ist die deutsche Sprache die allein berechtigte, die unsrige die unterdrückte. — Ich komme wieder auf die königlichen Worte in der Proklamation. In dieser ist ausgesprochen, daß auch wir ein Vaterland hätten, daß wir allerdings der preussischen Monarchie einverleibt würden, daß wir unsere Nationalität nicht zu verleugnen brauchten. Hierin ist der Wille des Königs ausgesprochen, daß uns unser Vaterland erhalten, daß unsere Nationalität anerkannt werden soll. Und diesen königl. Worten gegenüber wollen Sie es uns verdienen, wenn wir in die Adresse den Ausdruck aufgenommen wissen wollen, daß unsere, auf diesen königl. Worten beruhenden nationalen Rechte nunmehr Anerkennung und Schutz finden möchten? Wir sollen Verzicht leisten auf Güter, welche die heiligsten einer Nation sind; wir sollen unsere Nationalität gänzlich aufgeben, welche uns unangestastet bleiben soll. Das ist etwas Unmögliches. Wir sind preussische Unterthanen, allein wir verlangen, daß unsere besondere Wünsche eine gleiche Berücksichtigung erfahren, daß wir, wenn auch der preussischen Monarchie einverleibt, dennoch unsere Nationalität nicht verlieren sollen. Wir halten beilig den Eid, welchen wir Sr. Maj. dem Könige geleistet haben, allein wir wünschen, daß die königlichen Worte nicht bloß eine Verheißung bleiben, sondern für uns eine Wahrheit werden. Es ist uns verheißten, daß wir Theil nehmen sollen an der gemeinsamen Constitution, daß uns der Zutritt zu den öffentlichen Staatsämtern genährt werde, daß ein besonderer Statthalter uns regieren soll. Diese Verheißungen sind uns nicht erfüllt worden, und auf dem eingeschlagenen Wege der Regierung ist es auch unmöglich, uns das zu gewähren, was uns durch die Gnade des Königs zu Theil werden soll. Werden wir stets damit zurückgewiesen, daß wir schon alles befehen, was uns gebührt, so ist die notwendige Folge, daß unser nationales Leben erstirbt. Soll es wirklich dahin kommen? Soll nicht vielmehr das Unrecht ausgeglichen werden, welches als Nemesis bis jetzt uns verfolgt hat? Es muß endlich das Princip der Treue in der Politik sich Bahn brechen. Die geschichtlichen Verhältnisse Preußens und Polens rechtfertigen den Wunsch, daß Preußen den Weg anbahnen möchte, auf welchem wir unserer Nationalität wiedergegeben werden. Wenn ich auch nicht hoffen kann, daß Sie unser Amendement unterstützen werden, so seien Sie doch überzeugt, daß wir mit der Forderung unsers Rechts nicht die Geister des Umsturzes heraufbeschwören wollen.

Abg. Reichensperger (Geldern): Ich muß mich gegen das v. Zoltowski'sche Amendement erklären, weil dasselbe unmögliches fordert. Er widerstreitet der längst festgestellten geschichtlichen Ordnung der Staaten Europas. Dieser Grotheil müßte nach der Konsequenz des Antrages in ein Chaos zurückfallen, in Atome zerfallen. Der Antrag beruht eben auf einem falschen Boden, auf dem verkehrten Princip der Nationalität, und erinnert gar zu sehr an den berühmten „Schmerzschrei“ der Völker. Es wird mit Unrecht gerade von diesen Herren ein übermäßiges Gewicht darauf gelegt, daß die Nationalitäten als solches absolutes Recht hätten, daß die Völker gewissermaßen identisch seien mit den Staaten; es wird sogar die christliche Moral aufgerufen, um diese in der ganzen Weltgeschichte unerhörte Behandlung der internationalen und staatlichen Verhältnisse zu rechtfertigen. Ich erinne an das Wort: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Die christliche Moral hat damit nichts zu schaffen, sie scheint keinem mehr zu fehlen, als den eifrigen Verfechtern des Nationalitätsprinzips. Die Stelle, wo jenes Wort gesprochen wurde, dient zum Nachweis, daß eben das Nationalprinzip dem historischen Staatsorganismus gegenüber keine Berechtigung hat. Würden Sie denn, meine Herren, (zu den Polen gewendet,) wenn Sie Ihr polnisches Reich wieder aufgerichtet hätten, aus christlicher Moralität die deutsch gewordenen Districte, den Negdistrikt mit den verschiedenen hunderttausend Deutschen aus Ihrem

Reiche ausscheiden? (Rufe der Polen: Ja, ja!) Meine Herren! Sie rufen jetzt ja: Ich sage Ihnen aber nein! Sie vergegenwärtigen sich nur nicht die dann eintretende Lage.

Das Nationalitätsprinzip diene überhaupt nur, wo es neuerdings zu wirklichen Thatfachen sich gestaltete, zur Vertheidigung bloßer, nader Gegenwart. Da handelte es sich nicht darum, neue Staaten zu bilden, sondern kleinere den größeren zu unterwerfen. In Ungarn handelt es sich z. B. praktisch nur darum, der dortigen magyarischen Majorität die nicht magyarischen Elemente zu unterwerfen. So ist auch das Nationalitätsprinzip nicht der eigentliche Grund des Antrages der Herren polnischen Abgeordneten. Nur der erste Satz des Antrages hat an sich eine Berechtigung, nicht die beiden anderen Sätze. Ich warne die Herren vor den Folgen, welche ihre Bestrebungen wider ihr Erwarten haben können. — Wenn er dann mit dem Panславismus droht, so wird diese Eventualität wohl durch die preussische Regierung unmöglich gemacht werden, durch eine Behandlung der polnischen Unterthanen, welche ihnen den Wunsch benimmt, sich etwa Rußland anzuschließen. Ich empfehle in diesem Sinne der königl. Staatsregierung die rücksichtsvollste Behandlung der in der Provinz Polen aus dem Gegensatz zwischen den polnischen und deutschen Elementen entstehenden Schwierigkeiten. Ich kann in dieser Hinsicht nicht billigen, daß man das Recht der Polen auf ihre Sprache dahin beschränkt, daß man es nur dort gelten läßt, wo Unkenntnis der deutschen Sprache herrscht. Ich widerspreche der Ansicht, die hier ausgesprochen ist, als wenn der König Friedrich Wilhelm III. das Patent von 1815 — als dessen Autor — durch spätere Verordnungen authentisch interpretirt habe, und dadurch wirksam habe modificiren können. Ferner ist es ein Irrthum, als ob Unterthanen aus Staatsverträgen keine Rechte herleiten könnten, ich erinnere an den westfälischen Frieden, den Luneviller Frieden, die Friedensschlüsse von Wien, von Paris, an die Verträge des Zollvereins: überall finden Sie Bestimmungen, aus denen Sie private Rechte herleiten können und Pflichten zu übernehmen haben. Die Herren Polen sollten nur mit speciellen praktischen Anträgen kommen, sie würden wohlwollend empfangen werden; sie sollten aber davon Abstand nehmen, gegen große geschichtliche Thatfachen anzutämpfen.

Abg. v. Bentkowski (schwer verständlich): Das Großherzogthum Posen, so sage man, sei durch deutsches Blut erobert worden; seines Wissens sei dies durch die Russen geschehen. Wenn man entgegnete: es wäre mittelbar auf andere, auf französische und deutsche Schlachtfelder erobert worden, so weise er darauf hin, daß das, was Europa für gut befunden, auf dem Wiener Congresse den Polen zuzuschreiben, nicht etwa mit Wasser erlaubt worden sei. Polnisches Blut sei 20 Jahre hindurch auf allen Schlachtfeldern geflossen für die einzige Idee, den einzigen Wunsch, das verlorene Vaterland wiederzuerobern. — Der Redner geht in eine detaillierte Auseinandersetzung der europäischen Verträge ein, deren Interpretation seitens des Ministers des Innern er für nicht stichhaltig hält, und wendet sich dann gegen die gestrige Ausführung des Abg. v. Schleinitz. Man sagt, den Polen sei alles Versprochen gewährt worden; er seinerseits behaupte das Gegenteil, und indem er die Details auf andere Gelegenheiten aufspare, wolle er für jetzt nur eine flüchtige Skizze geben. Es seien den Polen nationale Institutionen versprochen. Wo erstirren solche? Gabe es eine polnische Universität? Gestern noch sei gesagt worden, die Regierung werde nicht so blind sein, die Zahl der polnischen Gymnasien zu vermehren.

Wie stehe es mit der Sprache? mit der Administration? Gabe es einen polnischen Ober-Präsidenten, und doch werde in der königl. Proklamation von 1815 von einem unter den Polen geborenen Statthalter gesprochen, der bei ihnen residiren werde! Ein Gesetz vom 9. Febr. 1817 (?) sage: „Beide Sprachen sollen“; es sei noch nicht von dem Gebrauche der polnischen Sprache „neben“ der deutschen und der daran geknüpften Auslegung die Rede. Alles was zu Gunsten der Polen spräche, werde mißachtet; das ihnen Nachtheilige hervorgehoben. Das Zahlenverhältnis der deutschen und der polnischen Bevölkerung sei ein anderes, als das amtlich angegebene. — Der Redner weist die auf den polnischen Adel geäußerten Vorwürfe zurück und schließt mit einem Appell an die christliche Moral, welche dem Rechte der Nationalitäten zum endlichen, wenn auch späten Siege verhelfen werde. Täusche man sich nicht, wenn nicht die Kinder, so würden die Enkel oder die Urenkel es erleben, und es sei gerade im Interesse der Deutschen, sich Ansprüche auf Sympathie jetzt zu sichern. Er verkenne nicht die Bedeutung und Nothwendigkeit einer Politik der Interessen; man sei aber auch im launmännlichen Verkehre, namentlich in England, dahin gekommen, herauszufinden, daß mehr noch wie die Uebervortheilung Anderer die Rechtchaffenheit sich rentire und gute Prozesse abwerfe. Er appellire an das Gerechtigkeitsgefühl des Hauses.

Die Minister v. Bethmann-Hollweg und v. Bernuth sind eingetreten.

Minister des Innern Graf Schwerin: Ich denke, die verehrten Herren haben sich nicht zu beklagen über die Geduld, mit der das Haus die ziemlich langen Erörterungen der Herren Antragsteller entgegennimmt, die sich nicht auf den Antrag, den sie gestellt haben, sondern auf alles andere, was sie sonst auf dem Gewissen haben, beziehen. Aber m. H., wer die Zustände in der Provinz Posen, wie sie jetzt sind, kennt, der kann sich, so ernst die Sache ist, nicht eines gewissen Lächelns enthalten über das unschuldige Gewand, was die geehrten Redner heute anzulegen, in ihrem Interesse finden. (Sehr wahr!) M. H. Ich habe schon gestern gesagt, ich glaube den Standpunkt, den die Regierung in dieser Sache einnimmt, in meiner ersten Erklärung hinreichend ausgesprochen zu haben. Wenn ich mich erinnere an Neben, die bei Verhandlungen innerhalb der Provinz Posen gehalten wurden, wenn ich mich erinnere, daß die Herren heute noch nicht wissen, wo ihr Vaterland ist, daß sie nicht wissen, daß Preußen es ist, wenn ich ferner daran denke, daß bei Allem, was in der Provinz geschieht, nur ein Gedanke vorwaltend, den Zeitpunkt recht bald kommen zu sehen, wo die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Reiches möglich ist, dann kann man ein Lächeln nicht unterdrücken. Wir wissen es, meine Herren, daß es nichts als ein Mittel ist, den Zeitpunkt vorzubereiten, den Sie herbeiführen; ich wiederhole es, Sie werden aber die Regierung auf ihrem Platte finden, und ich kann nur die Warnung wiederholt aussprechen: Beschwören Sie nicht Geister herauf durch Ihre Agitation, die Sie nachher selbst nicht zu bannen im Stande sein werden, und setzen Sie nicht unzählige Existenzen auf das Spiel, wie Sie das schon wiederholt zu Ihrem Unglück und zum Unglück des Vaterlandes gethan haben. (Lebhaftes Bravo.)

Von zwei Seiten ist ein Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt. Es sind noch 5 polnische und eben so viele deutsche Redner eingeschrieben. Der Schluß wird mit großer Mehrheit angenommen.

Graf Cieszkowski (zur Geschäfts-Ordnung): Ich will nur konstatiren, daß es gegen den Gebrauch aller Parlamente ist, nachdem ein Minister gesprochen, die Diskussion zu schließen und uns die Möglichkeit zu benehmen, dem Minister so zu antworten, wie Pflicht und Gewissen uns gebieten. Wir werden die Antwort bei der ersten besten Gelegenheit geben. — Präsident Simson: Nach unserer Praxis gilt eine geschlossene Diskussion dann für wieder eröffnet, wenn ein Minister nach dem Schluß das Wort nimmt. Jetzt hat das Haus den Schluß votirt, nachdem der Minister gesprochen. — Graf Cieszkowski: Ich habe nur gesagt, daß dies gegen den Gebrauch aller Parlamente ist. — Präsident Simson: Darüber können wir hier nicht diskutieren.

Abg. v. Niegolewski (zu einer persönl. Bemerkung): Der Minister hat an unsere Adresse den Vorwurf gerichtet, daß wir, also auch ich, eine Agitation im Lande hervorriefen. Ich berufe mich auf meine Ausführungen vom vorigen Jahre, daß dieselben sämtlich bewiesen sind, steht bombastisch“ (ob, oh!); daß von Seiten der Regierung nichts geschehen, darin liegt die Agitation. Wir wissen nicht, wo unser Vaterland sei, sagt der Minister. M. H., der König selbst hat unsere Anhänglichkeit an unser Vaterland anerkannt in seinem Besitzergreifungs-Patente; dieses Vaterland ist das polnische. — Präsident Simson gibt dem Redner zu Bedenken, inwiefern dies eine persönliche Bemerkung sei.

Berichterstatter Wegeler: Was er über das Amendement des Abg. v. Zoltowski zu sagen hätte, sei bereits in der Generaldiscussioin erörtert worden. Er hebe nur hervor, daß er das Erkenntniß des Ober-Tribunals nicht in dem Sinne angeführt habe, als ob die Frage wegen des Sprachstreits dadurch erledigt sei, sondern vielmehr, daß darin ein wichtiger Beitrag für die Erleuchtung der Frage liege. Da die Erörterung über die polnische Nationalität einmal zur Sprache gekommen sei, so müßten die betreffenden Abgeordneten gestatten, die Frage, „ob der Untergang des polnischen Staats-

lebens ohne Verschulden des Volkes eingetreten sei“, nur vom Standpunkt der Geschichte zu beantworten, doch darauf einzugehen, würde seiner (Redners) Achtung vor dem Ungeheuer widerstreben. Trotz alledem haben wir die Gesühle der Sympathie für Sie, die unter uns eine wohlthätige Stätte gefunden haben. Wir wünschen, daß diese Stätte Ihnen bleiben möge, welche Ihnen gasfreundschaftlich geboten worden ist, daß zwischen uns Friede auch fernhin bestehen möge. Allein, wenn Sie die Leidenchaften in den Tiefen des Volks aufwühlen wollen, wenn Sie auf den Panславismus hinweisen und diesen uns entgegenhalten, so wird die Geschichte Ihnen antworten, daß wir Ihrem Slaventhum das Germanenthum selbstständig gegenüber zu stellen befaht sind. (Bravo.)

Bei der Abstimmung erheben sich nur die Polen selbst für ihr Amendement; dasselbe ist also abgelehnt.

Die Debatte geht über zu Alinea 14, wegen der kurhessischen Frage. Das das gestellte Amendement Brandenburg lautet: „Wir vertrauen, daß es (zu königl. Majestät) gelingen wird, im Verein mit Ihren getreuen Verbündeten, einen verfassungsmäßigen Zustand dieses deutschen Landes herzustellen.“

Abg. Graf Lehndorf: Der Adreß-Entwurf hebe anerkennend hervor, daß das Anlehn Preußens in Deutschland zugekommen habe. Ans den geistlichen Nichtberührung der Bundesverhältnisse, in denen Preußen doch stehe, sei zu schließen, daß das Abgeordnetenhaus eine solche Lösung der deutschen Verwickelungen befürworte, die von der bestehenden Bundes-Verfassung abstrahiren. Ein solches Votum könne jetzt nur schaden. Er empfehle das Amendement Brandenburg, welches der deutschen Verbündeten des Königs erwähne.

Abg. v. Carlowitz erwidert (soweit derselbe verständlich) auf die Pro- phezung des Abg. v. Brandenburg, das preussische Königthum von Gottes Gnaden könne wohl mal über die beschworne Verfassung hinweggehen, mit der andern Prophezung, daß Preußen wohl einmal über die nicht beschworne Bundesverfassung hinweggehen werde. (Bravo rechts.)

v. Wedell (Nordhausen) (schwer verständlich) für das Amendement.

v. Brandenburg: Dem Entwurfe könne er nicht beistimmen, weil er nicht bestimmt sage, was er meine. Die Regierung werde aufgefordert, den verfassungsmäßigen Zustand Kurhessens wieder herzustellen, und einem ge- legestreuem deutschen Stamme sein gutes Recht zurückzugeben. Welches sei dieser verfassungsmäßige Zustand? Etwa die Verfassung von 1831, welche das monarchische Prinzip auf ein Minimum begrenze? (Der Redner ent- wickelt sodann in einem längern, meist unverständlichen Vortrage eine Kritik der Verfassung von 1831, erwähnt den bekannnten Streit, welchen die Ver- fassung bis zum Jahre 1850 in ihren verschiedenen Stadien durchgemitt hat; beleuchtet die wiederholten Konflikte der Regierung mit den Ständen. Nach seiner Ansicht sind die Wirren in Kurhessen eine nothwendige konsequente Folge jener Verfassung von 1831. Er schließt mit den Worten, daß es nicht angemessen sei, die Regierung zu einem direkten Vorgehen zur Beendi- gung des Verfassungsstreites, welcher in den Worten des Entwurfs gefun- den werden könne, aufzufordern, vielmehr nur das Vertrauen auszusprechen, daß die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes dieses Staates gehofft werde. (Bravo rechts.)

Minister des Auswärtigen v. Schleinitz: Ich mache mir nicht an, der Anschauung des letzten Hrn. Redners, über die hiesigen Verfassungszustände im Einzelnen ausführlich entgegen zu treten, er wird mir aber nicht ver- übeln, daß ich ihn besonders auf eins aufmerksam mache; daß nämlich die preuss. Regierung für die Verfassung von 1831 in Kurhessen nicht Partei ergreifen hat, weil sie dieselbe für eine außergiltige gehalten, sondern ledig- lich deshalb, weil sie glaubt, daß diese Verfassung nicht in rechtsbeständiger Weise befeitigt worden ist und daß sie nach wie vor die legale Grundlage des öffentlichen Rechts in Kurhessen bilden muß. Von diesem Standpunkte aus, m. H., hat die Regierung zunächst am Bunde für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Kurhessen gekämpft, hat sie später auf die kurhessische Regierung einzuwirken gesucht, indem sie derselben auf das allerentschiedenste empfohlen hat, den immer lauter und dringender werden- den Wünschen des kurhessischen Volkes entgegen zu kommen und rückhaltlos das Grundgesetz von 1831 wieder herzustellen. Ganz abgesehen von der Rechtsfrage, die für uns von Anfang an nicht zweifelhaft war, haben wir auch aus politischem Gesichtspunkte der kurhessischen Regierung diesen Rath zu ertheilen, um so unbedenklicher gefunden, als es uns nicht zweifelhaft war, daß es ihr ohne Mühe gelingen werde, mit den gesetzmäßigen Vertre- tern des Landes nicht bloß die bundeswidrigen Bestimmungen aus der er- wähnten Verfassung zu entfernen, sondern auch alle diejenigen Verbesserun- gen in dieselbe hineinzutragen die sich etwa aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehlen möchten. Die kurhessische Regierung hat diesen uneigenmächtigen und wohlgemeinten Rathschlägen nicht folgen zu müssen geglaubt. Wir hal- ten indeß an der Hoffnung fest, daß sie sich dennoch dazu entschließen werde; denn sie wird sich unmöglich auf lange Zeit der Ueberzeugung ver- schließen können, daß auf der von ihr bisher betretenen Bahn eine befriedigende Lösung der Sache nicht zu hoffen ist, daß dagegen eine solche mit Zuversicht in Aussicht steht, wenn, nach Wiederherstellung des alten Verfassungsrechtes, eine gesicherte Grundlage für die weitere politische Entwicklung gewonnen sein wird.

Es ist von verschiedenen Seiten die Meinung ausgesprochen worden, daß das Auftreten der königl. Regierung nicht entschieden genug gemessen sein müsse, weil es bisher nicht von Erfolg gewesen sei. Ich will nicht behaupten, daß mit dem, was bisher in dieser Hinsicht geschehen, schon der Kreis aller zulässigen, d. h. aller friedlichen legalen Einwirkungen auf die Sache als erschöpft betrachtet werden kann, und ich nehme an, daß der Adreßent- wurf auch nur dies im Sinne hat und nur solche Mittel meint, wenn er der Regierung die energische Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mit- tel empfiehlt. Allein, m. H., wenn an die königl. Regierung die Zumuthung etwa gestellt werden sollte, auf der Spitze preussischer Bapornette die Ver- fassung von 1831 nach Kurhessen zurückzuführen, so würde ich mir doch die Frage erlauben, auf welchem Rechte ein solches Einschreiten beruhe. Ich glaube, es würde sich hierfür schwerlich ein Rechtsstittel finden lassen. Die preussische Regierung steht zur kurhessischen Frage überhaupt nur in Bezie- hung, weil sie und inwiefern sie Gegenstand von Verhandlungen am Bunde geworden ist. Eben so wie sie einerseits gegen einen ungiltig erscheinenden Bundesbeschluß sich auf das Bestimmteste vermahnen zu müssen geglaubt hat, eben so würde sie eine auf diesen Bundesbeschluß gegründete materielle An- ordnung des Bundes nicht dulden. (Lebhaftes Bravo.) Allein abgesehen von diesem Fall und demjenigen, daß etwa in Verfolg der hiesigen Ver- fassungswirren und durch dieselben das preussische Staatsinteresse direkt be- droht würde, ist die kurhessische Verfassungsfrage eine rein innere Angele- genheit jenes Landes, in welche uns einzumischen wir keineslei Recht haben. Wollten wir die Verfassung von 1831 mit Gewalt wieder herstellen, so begingen wir dasselbe Unrecht, und in höherem Grade, welches wir dem Ver- fahren des Bundes zur Last gelegt haben; denn wir würden damit nicht minder den Kreis unserer Befugnisse überschreiten, als wir annehmen, daß der Bund den Kreis seiner Befugnisse überschritten hat; statt daß wir es als unsere Aufgabe erkannt und erklärt haben, die Autonomie und innere Ent- wicklung der deutschen Einzelstaaten vor unberechtigten Eingriffen von außen zu schützen, würden wir uns selber des frevelhaftesten Eingriffes schul- dig machen. Ich gehe auf die Erörterung des Gegenstandes nicht weiter ein, da mir die Hoffnung nicht aufzugeben brauchen, doch noch die kurhessische Re- gierung auf die Bahnen einlenken zu sehen, auf denen eine glückliche Lösung der Frage zu erwarten ist.

Es herrscht eine ziemlich große Unruhe im Hause, die Versammlung scheint von den langen Debatten abgespant und ermattet zu sein.

Abg. v. Sanger: Der Standpunkt des Hauses in vorliegender Frage sei ein gegebener, nämlich der Beschluß des vorigen Jahres. Als Hassen- pfug in Kurhessen als Minister eintrat sei das Land keineswegs unruhig oder anarchisch gewesen. Der Grund, weshalb dort nicht verfassungsmäßig regiert werden könnte, sei gewesen, daß Hassenpflug von den Ständen Geld forderte, ohne ihnen ein Budget vorzulegen. Die Entscheidung des kurhes- sischen Volkes sei in neuester Zeit in bekannter Weise erfolgt; es sei nun eine Chrenpflicht für Preußen, den endlichen Abschluß dieser traurigen und für Deutschland wahrhaft verhängnisvollen Angelegenheit herbeizuführen. Die Erklärung des Ministers könne nur volle Befriedigung erwecken; Niemand wolle, daß die Sache von Preußen auf der Spitze der Bapornette durchge- führt werde. Doch sei dieselbe für Preußen von der höchsten politischen Bedeutung und man müsse eine Verschleppung nicht minder abwehren, wie eine Niederlage.

Berichterstatter Bessler: In Kurhessen liegt ein gutes verfassungsmäßiges Recht vor, für welches wir die Initiative unserer Regierung in Anspruch nehmen. Der Herr Minister des Auswärtigen hat schon erklärt, daß wir nicht gewaltiam, nicht mit den Spigen der Baponnete den verfassungsmäßigen Zustand dieses Landes herzustellen uns bestreben werden.

Bei der Abstimmung wird das Amend. Blandenburg abgelehnt (dafür die Linke und ein Theil der Fraktion Reichensperger) und das Al. 14 mit sehr überwiegender Mehrheit angenommen.

Nach der Debatte über die schleswig-holsteinische Angelegenheit u. s. w., wobei unter Andern auch Waldeck spricht (s. nächstes Morgenbl.) erübrigt noch die Abstimmung über den ganzen Adress-Entwurf, einschließend der beiden Amendements in Bezug auf die italienische und die schleswigsche Frage.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

Der Präsident erucht das Haus, das Nähere wegen Ueberreichung der Adresse zu beschließen. Nach dem Vorgang vom 24. Dezember 1859 erklärt die Versammlung sich damit einverstanden, daß die Deputation aus 30 durch das Loos bestimmten Mitgliedern bestehen solle.

hervor, daß der Einfall auf drei Seiten zugleich geschehen sollte. Diese Bewegung wurde auch theilweise ausgeführt, der Einfall aber von den piemontesischen Truppen und der Nationalgarde blutig zurückgeschlagen. Am heftigsten war das Gefecht bei Arquata, wo es von beiden Seiten mehrere Tode und Verwundete gab.

Breslau, 9. Febr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden auf der Straße von hier nach Reichenbach von einem Frachtwagen ein Ballen rober, 7/8 Ellen breiter Kattun, 104 Ellen lang und ca. 18 Zhr. im Werth. Der Ballen war gezeichnet mittelst blauem Stempel: J. Cohn Schmiedebriicke Nr. 12.: auf dem heiligen Buttermarke einer Frau aus der Tasche ihres Kleides ein Portemonnaie mit 2 Zhr. Inhalt; Oberstr. 7, aus dem Comtoir eine Kiste Cigarren von 100 Stüd, im Werthe von 8 Zhr.; Katharinenstr. 19, ein Wagenprüfleder und der hintere Theil eines Wagendekkers; Gartenstr. 19, aus einer unverschlossenen Gallerieloge des Concertsaales ein Paletot, ein schwarzer Klauisch, mit schwarzem Krimmertragen und Aufschlägen; Werth 5 Zhr.

Geunden wurden: ein Schlüssel, an welchem sich ein graugestriebenes Bändchen befindet; ein kleines Geltsäckchen, in welchem sich einiges Geld, 2 Stück Bleistifte und einige Nähnadeln befinden.

[Unfall.] Am 7. d. M., Vormittags, stürzte ein Arbeitermann während seiner Beschäftigung in einer biesigen Brauerei in Folge Abgleitens seiner Füße, in einen mit fohendem Inbalt versehenen Bottich und erlitt trotzdem Hilfe augenblicklich zur Hand war, doch so erhebliche Brandwunden am Körper, daß seine sofortige Unterbringung im Hospital nothwendig wurde.

Breslau, 6. Febr. [Personal-Chronik.] Befördert: Der Civil-Supernumerar Jaurened hier selbst zum Regierungs-Haupt-Rassen-Assistenten. — Bestätigt: 1) Der Kreisbaumeister Zehnel in Wobslau als Reichs-Inspektor des praulauer Reichsverbandes. 2) Die Neuwahl des Lehrers Baumert aus Pulchowitz zum Rämmerer und bejodeten Magistrats-Mitgliede der Stadt Rantb auf die gesetzliche Dauer von zwölf Jahren. — Ernannt: 1) Der Haupt-Amts-Assistent Betsche zu Breslau zum Sekretär bei der Provinzial-Steuer-Verwaltung daselbst. 2) Der Regierungs-Assessor Düring in Köln zum Ober-Grenz-Kontrollleur in Mittelwalde. — Verliehen: Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Weinert zu Lauban ist in Veranlassung seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums der rothe Alerorden vierter Klasse mit dem Abzeichen für fünfzigjährige Dienstzeit höchstbisch verliehen worden. — Ernannt: Die ersten Gerichtsdienner Fölschel zu Glogau und Ludwig zu Freistadt zu Botenmeistern. — Befördert: 1) Der Gerichts-Assessor Roth zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Freistadt mit der Funktion als Gerichts-Kommissar in Beuthen a. d. D. 2) Zu Rechtsanwaltern und Notaren: Der Gerichts-Assessor Joesl zu Berlin bei dem Kreisgerichte zu Löwenberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Greiffenberg; 3) Der Gerichts-Assessor Reichelt zu Grünberg bei dem Kreisgerichte zu Freistadt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neusalz; 4) Der Gerichts-Assessor Köhler zu Glogau bei dem Kreis-Gerichte zu Glogau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Polkwitz; 5) Der Gerichts-Assessor Jürsch zu Glogau bei dem Kreisgerichte zu Liegnitz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Parchwitz; 6) Der Gerichts-Assessor Drener zu Halberstadt bei dem Kreisgerichte zu Götlich mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neichenbach. 7) Zu Gerichts-Assessoren: die Appellationsgerichts-Referendarien Scholz zu Glogau, Schmidt zu Liegnitz, Breslau zu Götlich und Liebelt zu Glogau. 8) Der Auktulator Klinghardt zu Sagan zum Appellationsgerichts-Referendar. 9) Der Hilfs-unterbeamte Betschies zu Glogau definitiv zum Boten und Executor bei dem Kreisgerichte zu Löwenberg. 10) Der Unteroffizier Otto zu Haynau zum Hilfs-gefangenwärter bei dem Kreisgerichte zu Götlich. 11) Der frühere Polizeisergeant Grosche zu Sagan zum Hilfsunterbeamten bei dem Gerichts-Commission in Polkwitz. — Verjezt: Der Gerichts-Assessor Krüger aus dem Departement des Kammergerichts zu Berlin an das Kreisgerichte zu Grünberg. — Entlassen: Der Appellationsgerichts-Referendarius Glatte zu Bunzlau, bebuis seines Uebertritts in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau.

Geschenkt: Der Zimmermeister-Aelteste David Krause zu Breslau hat der unter seiner Mit-Administration stehenden Zimmermeister-Bleifischen Freischul-Stiftung 12 Zhr. geschenkt.

Oppeln, 25. Jan. [Personalien.] Es sind verjezt worden: Die Ex-Poltpredicanten haude von Nicolai nach Appeln zur Ober-Post-Direktion, Scholz von Oppeln nach Nicolai als Vorsteher der Post-Expedition daselbst und Chromekla von Oppeln nach Groß-Strehlitz.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 8. Febr., Nachm. 3 Uhr. Auf höhere Confolnotenungen von Mittags 12 Uhr (92%) begann die 3proz. in günstiger Stimmung zu 68, 45, wich auf 68, 37%, hob sich aber wieder auf 68, 55 und schloß in fester Haltung zu diesem Course. An der Börse wollte man wissen, daß die Nachricht von der Ueberlegung einer Note seitens Frankreichs an die Pforte unbegründet sei. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 55, 4/5proz. Rente 97, 95, 3proz. Spanier 47, 1/5proz. Spanier 40%, Silber-Anleihe —. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 495, Credit-mobilier-Aktien 700, Lomb. Eisenbahn-Aktien —, Oester. Kredit-Aktien —.

London, 8. Februar, Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2, Confol 92 1/2, 1/5proz. Spanier 40%, Meritaner 23 1/2, Sardinier 81 1/2, 5proz. Russen 104, 4/5proz. Russen 91.

Wien, 8. Februar, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Met. 64, 25, 4/5proz. Met. 54, 75, Banatien 738, Nordbahn 207, 60, 1854er Loose 84, —, National-Anlehen 76, 80, Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 287, —, Creditaktien 166, 50, London 143, —, Hamburg 109, 50, Paris 56, 50, Gold —, Silber —, Elisabethbahn 184, —, Lomb. Eisenbahn 187, —, Neue Loose 113, —, 1860er Loose 82, 25.

Frankfurt a. M., 8. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse sehr bewegt in steigender Richtung bei ungewöhnlich bedeutendem Umlahe. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Verband 127 1/2, Wiener Wechsel 82, Darmst. Bant-Aktien 185, Darmst. Zettelbank 233, 5proz. Metall. 45, 1/5proz. Metall. 38 1/2, 1854er Loose 57, Oester. National-Anleihe 51 1/2, Oester. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 229, Ost. Bant-Anleihe 606, Dept. Credit-Aktien 135, Neueste österr. Anleihe 58, Ost. Elisabeth-Bahn 129, Rhein-Nabe-Bahn 25 1/2, Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 97 1/2.

Hamburg, 8. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Animirte Stimmung, jedoch am Schluß der Börse ruhiger. Schluß-Course: National-Anleihe 51 1/2, Oester. Credit-Aktien 57, Vereinsbank 99 1/2, Nordd. Bant 83 1/2, Diskonto 2%, Wien 110, 50.

Hamburg, 8. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärtig sehr gehalten, ohne Geschäft. Roggen loco stille, ab Adnigsberg pr. Frühjahr zu 78 Käufer. Del pr. Mai 24%, pr. Oktober 25%. Kaffee bleibt ruhig.

Liverpool, 8. Februar. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Markt ruhig. Wochenumsatz 48,790 Ballen.

Berlin, 8. Febr. Die Hausbewegung nahm heute ihren weiteren Verlauf. Eine wesentliche Förderung erhielt sie durch den Umlauf, daß Wien seit gestern Abend mit einer großen Entschiedenheit und Rapidität sich ihr angegeschlossen hat. Diese Erscheinung führte für alle österreichischen Effecten eine eminente Coursesteigerung herbei, die bis zuletzt anhielt. Die Umsätze waren in den österreichischen Papieren von dem größten Umfange. In den inländischen Eisenbahnactien kam die steigende Bewegung nur bei einzelnen Devisen zum Stehen; für die große Mehrzahl setzte sie sich fort und besonders solche, in welchen der Begehre während der früheren Tage zurückhaltender war, erfuhr sehr namhafte Courseerhöhungen. Auch in Eisenbahnactien, daneben auch in verschiedenen Prioritäten, namentlich in Köln-Mindener III. und IV. und in Oberschlesischen F. fanden enorme Umsätze statt. In Pfand- und Rentendevisen war der Verkehr erheblich, in preussischen Staatspapieren hingegen matter. Der Geldmarkt ist flüssig geblieben, Disconto behält seinen letzten Stand.

In den wiener Notirungen tritt heute vor Allem eine überraschend günstige Wendung der Valuta hervor. London gestern noch 149, 50 kam schon von der Vorbörse heute 146 und Mittags 144, 50. Dies vor allem wirkte auf die Richtung, die der Verkehr in den österreichischen Papieren heute nahm, entscheidend ein.

Eine ganz besonders dringliche Frage zeigte sich für Köln-Mindener: 1% mehr (130) wurde gern bewilligt und fehlten dazu noch Verkäufer. Denselben Cours (5% über letztem Gebot) bedangen Verbacher. Oberösterreichische waren 1% höher mit 124 fast ohne Abgeber. Die kleinen schles. Actien zu höheren Coursen sämmtlich begehrt, Larnowiser vereinzelt selbst 1% höher

bis 32 bezahlt, mit 31 1/2 zu lassen; Kofeler 1/4 bis 36 1/2; Brieg-Neisser 1% höher mit 51 ohne Abgeber. Für österr. Noten wurde unter dem erkennbaren Einflusse großer Firmen der Cours auf 70 normirt, 3 Zhr. über gestrigen, und dazu wollten Schwankungen; anfänglich handelte man kurz Wien zu 67 1/2, bald nur 68 dafür geboten, und so stieg der Cours bis auf 69 1/2, vereinzelt auch 69 1/2; lang Wien setzte ebenso zu 67 1/2 ein und hob sich bis 69, zum Schluß selbst auf 69 1/2. Warschau 87 1/2 bez. und Obd.; polnische Noten stiegen um 1/4-1/2 Zhr. (B. u. S. 3.)

Berliner Börse vom 8. Februar 1861.

Table with columns: Fonds- und Geldcourse, Div. Z., and various financial instruments like Staats-Anleihe, Kur-Anleihe, etc.

Table with columns: Ausländische Fonds, Div. Z., and international financial instruments like Oesterr. Metall, Russ.-engl. Anleihe, etc.

Table with columns: Actien-Course, Div. Z., and various stocks like Aach.-Düsseld., Aach.-Mastricht, Amst.-Rotterdam, etc.

Table with columns: Wechsel-Course, Div. Z., and exchange rates for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc.

Berlin, 8. Febr. Weizen loco 70-84 Zhr. pr. 2100 Pfd., gelber schlesischer 80 1/2-81 1/2 Zhr., 82-83 Pfd. bunt poln. 82 Zhr., 80 Pfd. verglichen 78 1/2 Zhr. ab Bahn pr. 2100 Pfd. bez. — Roggen loco nach Qualität 49 1/2-49 3/4 Zhr. pr. 2000 Pfd. bezahlt, Febr. 49 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 49 1/2 Zhr. Br., Febr.-März 48 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 48 1/2 Zhr. Br., Frühjahr 48 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 48 1/2 Zhr. Br., Mai-Juni 48 1/2-1/4 Zhr. bez., 48 1/2 Zhr. Br., 48 1/2 Zhr. Obd., Juni allein 49 Zhr. bez., Juni-Juli 48 1/2-1/4 Zhr. bez. — Gerste große und kleine, 42-48 Zhr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 26-29 Zhr., Lieferung pr. Febr. und Febr.-März 26 1/2 Zhr. Br., Frühjahr 26 1/2 Zhr. bez., 27 Zhr. Br., 26 1/2 Zhr. Obd., Mai-Juni 27 1/2 Zhr. Br., 27 1/2 Zhr. Obd., Juni-Juli 27 1/2 Zhr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 47-58 Zhr. — Rüböl loco 11 1/2-11 1/4 Zhr. bez., Febr. und Febr.-März 11 1/2 Zhr. Br., 11 1/2 Zhr. Obd., April-Mai 11 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 11 1/2 Zhr. Br., Mai-Juni 11 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 11 1/2 Zhr. Br., Sept.-Oktbr. 11 1/2-1/4 Zhr. bez., 11 1/2 Zhr. Br., 11 1/2 Zhr. Obd. — Leinöl loco 11 1/2 Zhr., Lieferung per April-Mai 10 1/2 Zhr. — Spiritus loco ohne Faß 21 1/2-21 Zhr. bez., Febr. und Febr.-März 21 1/2-1/4 Zhr. bez., Br. und Obd., März-April 21 1/2-1/4 Zhr. bez. und Obd., 21 1/2 Zhr. Br., April-Mai 21 1/2-1/4 Zhr. bez., Br. und Obd., Mai-Juni 21 1/2-1/4 Zhr. bez., Br. und Obd., Juni-Juli 22-21 1/2 Zhr. bez. und Obd., 22 Zhr. Br., Juli-Aug. 22 1/2-1/4 Zhr. bezahlt.

Weizen wenig verändert. Roggen zur Stelle stärker offerirt und bei geringerem Begehre schwach im Preise behauptet; Termine verkehrten Anfangs in nachgebender Richtung, schließen indeß nach mäßigen Handel wieder etwas höher. — Rüböl fest und etwas höher bezahlt bei mangelnden Abgebern. Spiritus in matter Haltung und etwas niedriger.

London, 5. Febr. [Getreide u.] Fremde Anfuhr hier in voriger Woche: 31,334 Quarter Weizen, 2050 Saad und 19,212 Tonnen Mehl und 11,814 Dr. Gerste. Die kleine, sehr feuchte Zufuhr von engl. Weizen für den getrigen Markt blieb fast unbeachtet, fremder trockner dagegen, so wie auch Mehl gingen ziemlich rasch zu vollen Preisen ab. Gerste still. Hafer höher gehalten. Leinfaat weidend, drei Ladungen Delfja zu 52 s incl. Fr. und Asser. für den Continent genommen. Talg stille, 59 s 9 d loco.

Stettin, 8. Februar. [Börsen-Bericht von Joseph Meißer.] Weizen anfangs steigend, später billiger verkauft, am Landmarkt 75-78 Zhr. nach Qual. bez., loco pr. 85 Pfd. gelber 79-84 Zhr. nach Qual. bez., pr. Frühjahr 85 Pfd. gelber 86 1/2-1/4 Zhr. bez., 86 Zhr. Br. u. pr. Frühjahr 85 Pfd. gelber 86 1/2-1/4 Zhr. Obd., 85 Pfd. pr. Mai-Juni 86 Zhr. bez., 83-85 Pfd. 83 1/2 Zhr. Br., 83 Zhr. Obd. — Roggen fester ab geschäftslos, am Landmarkt 43-46 Zhr. nach Qual. bez., loco pr. 77 Pfd. 45 1/2-46 1/2 Zhr. bez., 77 Pfd. pr. Febr.-März 46 1/2 Zhr. Br., pr. Frühjahr 47 Zhr. Br., 46 1/2 Zhr. Obd., pr. Mai-Juni 47 1/2 Zhr. Br., 47 Zhr. Obd., gestern Abend 47 1/2-47 1/4 Zhr. bez., pr. Juni-Juli 48 Zhr. Br. — Gerste am Landmarkt 39-44 Zhr. nach Qual. bez., loco pr. 70 Pfd. 45 1/2-46 1/2 Zhr. nach Qual. bez. — Hafer ohne Handel, am Landmarkt 23-26 Zhr. nach Qual. bez. — Erbsen am Landmarkt 46-49 Zhr. nach Qual. bez., loco keine Koch-50 Zhr. bez. — Leinfaat permaner 13 1/2 Zhr. bez. — Rüböl geschäftslos, loco 11 1/2 Zhr. Br., pr. April-Mai 11 1/2 Zhr. Obd., pr. Sept.-Oktbr. 12 Zhr. Br., 11 1/2 Zhr. Obd. — Leinöl loco incl. Faß 11 1/2 Zhr. Br. — Spiritus fest und höher bez., loco ohne Faß 20 1/2 Zhr. bez., pr. Febr.-März 20 1/2 Zhr. bez., pr. März-April 21 Zhr. nominell, pr. Frühjahr 21 1/2-1/4 Zhr. bez. und Br., pr. Mai-Juni 21 1/2 Zhr. Obd., pr. Juni-Juli 21 1/2 Zhr. Obd.

Breslau, 9. Febr. [Produktenmarkt.] Bei fester Stimmung mäßigen Zufuhren und Angeboten von Bodenlägern für sämmtliche Getreidekörner in Preisen und Kaufkraft gegen gestern unverändert. — Del- und Kleefaat behauptet. — Spiritus fest, pro 100 Quart loco 20 1/2, Febr. 20 1/2 B.

Table with columns: Sgr., and various commodity prices like Weiser Weizen, Gelber Weizen, Brenner-Weizen, etc.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürtner in Breslau. Druck von Graf, Barth u. Comp. (N. Friedrich) in Breslau.

Oesterreich.

Wien, 8. Februar. [Minister-Conferenz.] Die heutige amtliche „Wiener Zeitung“ schreibt: Gestern hat die erste, von Erzherzog Rainer präsidirte Minister-Conferenz stattgefunden, welcher die bisherigen, so wie die neuernannten Kabinetmitglieder beiwohnten. Das Gerücht, daß in der Mitte des Ministeriums grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten beständen, bezeichnet das amtliche Blatt als widerlegt.

Italien.

Von der neapolitanischen Grenze, 31. Jan. [Die Reaktion.] Während der letzten Woche zogen über 6000 Mann Truppen durch Ascoli, die sich unter dem Befehl des Generals Pinelli nach den aufständischen Gegenden begeben, um die Reaktion so rasch wie nur möglich zu unterdrücken. Der Bergalieri-Oberst Palavicini unternahm eine Reconnoissance nach dem oberen Tronto-Thale, wo sich die Insurgenten, ungefähr 3500 Mann stark, verschanzt haben. Diese Position ist von Natur aus sehr fest, und es führt nur ein schmaler Weg, von Felsen eingeeengt, zu der feindlichen Stellung. Die Avantgarde Palavicini's wurde von den Insurgenten mit einem sehr heftigen Feuer empfangen, ja man rollte sogar auf die piemontesen Steinblöcke und Baumstämme von den steilen Höhen herab. Wie es heißt, erwartet General Pinelli noch das 39. Infanterie-Regiment, um gegen das Tronto-Thal einen kombinirten Angriff zu unternehmen. — Nach den neuesten Nachrichten aus Perugia ist die reaktionäre Invasion, welche an der Grenze im großartigen Maßstabe organisiert war, vollständig gescheitert. Aus den mit Beschlag belegten Papieren mehrerer päpstlichen Emisäre, die man dort verhaftete, geht